



Infrastruktur in Schleswig-Holstein weiter ausbauen

Positionspapier der CDU-Landesgruppe Schleswig-Holstein im Deutschen Bundestag zur Zukunft der Verkehrsnetze im Land

Eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur ist für das Wirtschaftswachstum in Deutschland und insbesondere für Schleswig-Holstein von großer Bedeutung, damit der Standort Schleswig-Holstein zum Wohnen und Arbeiten attraktiv bleibt. Nur mit einem gut ausgebauten Straßen-, Schienen- und Wasserstraßennetz können die Betriebe in Schleswig-Holstein wichtige Absatzmärkte schnell erreichen und Touristen bequem nach Schleswig-Holstein kommen. Eine gute Breitbandversorgung ist darüber hinaus insbesondere in den ländlichen Räumen wichtige Voraussetzung, um als Standort für Arbeitsplätze zu bestehen. Die unionsgeführten Bundes- und Landesregierungen haben deshalb Investitionen in die Infrastruktur nach jahrelangen Versäumnissen von rot-grüner Seite wieder in den Mittelpunkt ihrer politischen Arbeit gerückt.

Wir begrüßen insbesondere, dass

- vom Bund durch die christlich-liberale Regierungskoalition im Haushalt 2012 eine Milliarde Euro mehr für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung gestellt wurde. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf dem Ausbau von Wasserstraßen, aber auch für den Straßenbau stehen 22 Millionen Euro für Schleswig-Holstein bereit.

- die jahrelange von Rot-Grün verschleppte Sanierung des Nord-Ostsee-Kanals und der Neubau einer Schleuse in Brunsbüttel im April dieses Jahres beginnen kann. Der Bund hat aus den zusätzlichen Investitionsmitteln dafür in diesem Jahr 60 Millionen Euro und für die kommenden Jahre rechtsverbindlich weitere 240 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.
- die Grundlagen für den Bau einer festen Fehmarnbeltquerung und deren Hinterlandanbindung gelegt wurden und diese nun in den Investitionsrahmenplan des Bundes bis 2015 aufgenommen wurde.
- der immer größer werdenden Bedeutung der wachsenden Metropolregion Hamburg Rechnung getragen wird und der Bau der S-Bahnlinie 4 von Bad Oldesloe nach Hamburg und im weiteren Verlauf westlich von Hamburg nach Elmshorn vereinbart wurde.
- dem Weiterbau der A 20 durch die Aufnahme der Abschnitte Hohenfelde-Sommerland und Wittenborn-Weede von Seiten des Bundes nichts im Wege steht.
- der 6-streifige Ausbau der A 7 von Hamburg bis Bordesholm auf den Weg gebracht wurde und ab 2014 mit dem Bau begonnen werden kann.
- der Ausbau der A 21 noch in diesem Jahr mit der vierstreifigen Erweiterung zwischen Stolpe und Nettelsee beginnen kann und auch die folgende Erweiterung zwischen Nettelsee und Klein Barkau im Investitionsrahmenplan festgelegt wurde.
- der Baubeginn folgender Ortsumgehungen bis spätestens 2015 mit Bundesgeldern erfolgen kann: B 104 OU Schlutup, B 207 OU Groß Grönau, B 5 OU Hattstedt/Breklum/Struckum/Bredstedt, B 202 OU Tating, B 209 N-OU Schwarzenbek (zweiter Bauabschnitt).

Investitionen in die Infrastruktur machen sich bezahlt: Sie schaffen wichtige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und den Handel und fördern so das Wachstum und damit letztlich auch die Einnahmen des Staates. Trotz aller

notwendigen und zwingenden Sparmaßnahmen werden Investitionen in die Infrastruktur deshalb auch weiterhin einen Schwerpunkt unserer politischen Agenda bilden. Dabei werden wir uns insbesondere für folgendes einsetzen:

Verstetigung der Investitionsmittel im Bundeshaushalt

Die in diesem Jahr bereitgestellten zusätzlichen Investitionsmittel in Höhe von eine Milliarde Euro aus dem Bundeshaushalt müssen aufgrund des bestehenden Investitionsstaus dauerhaft bereitgestellt werden, um auch in Schleswig-Holstein Verkehrsprojekte wie die A 20 schneller voranzubringen.

Ausbau der Breitbandversorgung

Heute sind nicht nur die klassischen Verkehrswege sondern insbesondere auch die Datenbahnen wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land. Durch gute Internetverbindung lassen sich Landluft und wirtschaftliche Dynamik vereinbaren. So werden auch ländliche Räume attraktiver für Unternehmen und die Bevölkerung. Die Breitbandstrategien von Bund und Land haben zu verbesserten Rahmenbedingungen geführt. Heute haben nahezu alle Haushalte Zugang zu Breitbandanschlüssen mit 1 Mbit/s. Trotz großer Anstrengungen gibt es aber noch keine flächendeckende Versorgung mit Hochleistungsinternet. Insbesondere der ländliche Raum ist davon betroffen. Unser Ziel ist deshalb, gemeinsam mit Bund und Land dafür zu sorgen, dass am Ende der Wahlperiode alle Haushalte in Schleswig-Holstein Zugang zu Hochleistungsanschlüssen haben.

A 20

Die A 20 ist mit ihrer raumerschließenden Wirkung nach wie vor das wichtigste Straßenbauprojekt in Schleswig-Holstein. Wir wollen darauf hinwirken, dass der Bund, Schleswig-Holstein und Niedersachsen ihren Willen zum Weiterbau inklusive einer festen Elbquerung bekennen. Weiter werden wir die erforderlichen Verkehrsinfrastrukturmittel für die Ende nächsten Jahres planfestgestellten Bauabschnitte zur Verfügung stellen, damit der Bau schnellstmöglich weitergehen kann. Im Gegensatz zu Rot-Grün die sich jahrelang damit gerühmt haben, Gelder für Verkehrsprojekte nicht abgerufen zu haben, werden wir alles tun, damit dieses so entscheidende Verkehrsprojekt vorankommt.

Entlastung des Straßenverkehrs im Hamburger Umland

Insbesondere im Hamburger Umland wird die Bevölkerung wachsen und damit die Pendlerströme nach Hamburg und aus Hamburg hinaus zunehmen. Unser Ziel ist es daher vor allem die Berufspendler stärker zum Umsteigen auf die umweltfreundliche Bahn zubewegen. Dazu verfolgen wir u.a. das so genannte Achsenkonzept, mit dem die verkehrlich stark belasteten Hamburger-Randkreise stärker in das Hamburger S-Bahn-Netz eingebunden werden sollen.

Den Bau der S4 nach Bad Oldesloe und Elmshorn hat die Schleswig-Holsteinische Landesregierung gemeinsam mit Hamburg und dem Bund auf den Weg gebracht. Aber auch auf anderen Strecken wie nach Kaltenkirchen ist eine Elektrifizierung der bestehenden AKN-Strecke und eine Einbindung ins Hamburger S-Bahnnetz erforderlich. Um die 2019 letztmalig bereitgestellten Regionalisierungsmittel des Bundes nutzen zu können, werden wir uns dafür einsetzen, dass der volkswirtschaftliche Nutzen der Maßnahme schnell nachgewiesen und mit den Planungen begonnen werden kann.

Hinterlandanbindung feste Fehmarnbeltquerung

Der Bau einer festen Querung über den Fehmarnbelt ist das größte europäische Verkehrsinfrastrukturprojekt der nächsten Jahrzehnte. Es lässt nicht nur Skandinavien und die Bundesrepublik als wichtige Handelspartner weiter zusammenwachsen, sondern führt zu neuem Wachstum und mehr Beschäftigung in ganz Nordeuropa.

Nachdem die Grundlagen für den Bau einer festen Beltquerung gelegt wurden, kommt es nun auf die konkrete Umsetzung an. Für die von Deutschland zu erbringende notwendige Hinterlandanbindung werden wir gemeinsam mit dem zuständigen Bundesminister nach Lösungen suchen, die auch die berechtigten Interessen der Menschen in der Region und den Schutz der privaten, kommunalen und touristischen Infrastruktur berücksichtigen und das erfolgreiche Dialogforum weiter fortsetzen.

Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals

Der erste Spatenstich zur notwendigen Sanierung und dem Neubau einer fünften Schleusenkammer in Brunsbüttel erfolgt in diesem April. Insgesamt werden dafür bis 2016 300 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Auch darüber hinaus werden Investitionen in die meist befahrene künstliche Wasserstraße der Welt notwendig

sein. Die Anzahl der Schiffe und damit die Tonnen an Ladung, die über den Kanal transportiert werden steigen zunehmend. Deshalb müssen die Kapazitäten des Kanals erhöht werden, auch, um lange Wartezeiten zu vermeiden. Andernfalls könnten sich die Reeder dazu entschließen Deutschland zu umfahren und ihre Waren z.B. in Rotterdam umzuschlagen. Dies schadet der gesamten Volkswirtschaft. Wir werden uns deshalb weiter für den Ausbau des Kanals einsetzen und insbesondere auch auf die bundesweite Bedeutung aufmerksam machen.

Elbe-Lübeck-Kanal

Der Elbe-Lübeck-Kanal ist das Bindeglied zwischen dem Seehafen Lübeck und dem Hamburger Hafen. Er erfüllt damit eine wichtige Funktion im Hinterlandverkehr des Lübecker Hafens, dem größten deutschen Ostseehafen.

Wir werden deshalb auf den Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals hinwirken, um seiner Klassifizierung als notwendige Anbindung des Kernhafens Lübeck im Transeuropäischen Verkehrsnetz durch die Europäische Kommission Rechnung zu tragen. Entsprechende Projekt- und Finanzierungspläne müssen bis Anfang 2014 vorgelegt werden, damit europäische Fördergelder fließen können.